Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 24 207
Telegr.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girostelle Blasewitz Nr. 606
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz, Wachwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Nur ein Viertelstündchen Lachen, Aus alter u. neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis betr. monatl. M. 2.–, einschl. 30 Pfg. Trägerlohn, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. M. 2.–, einschl. 30 Pfg. Postgeb. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferg. bzw. Nachlieferg. d. Zeitung od. Rückzahl. d. Lesegeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Freital. Bei unverl. eingef. Manuskr. ist Rückp. beizufüg. Für Anzeigen, w. durch Fernspr. aufgegeb. werd., übern. wir eine Verantw. bez. d. Richtigk. nicht übernehm.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
94. Jahrgang

Anzeigen werden die 5gespaltene Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigem Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers

Nr. 212 — Freitag, den 9. September — 1932

Sturz oder Hieb?

Die Reichsregierung wird einem Mißtrauensvotum durch vorzeitige Reichstagsauflösung zuvorkommen

Ein kurzlebiges Parlament

Bei der gestrigen Besprechung des Reichstagspräsidenten Göring mit dem Reichskanzler v. Papen wurde die innerpolitische Lage und die Frage einer Regierungsumbildung nicht erörtert. Die Besprechung galt nur der Festlegung der Formalitäten für die Abgabe der Regierungserklärung bei der am Montag beginnenden Reichstagssitzung. Man einigte sich dahin, daß am Montag Reichskanzler v. Papen seine Regierungserklärung abgibt, und daß am Dienstag und Mittwoch die große politische Aussprache über diese Regierungserklärung stattfindet.

In politischen Kreisen verstärkt sich immer mehr der Eindruck, daß eine Reichstagsauflösung nach Abschluß der politischen Aussprache im Reichstag und vor Beginn der Abstimmungen kaum noch zu vermeiden sein wird.

Die Abstimmungen über die von den Oppositionsparteien eingebrachten Anträge sollen nach den Plänen des Reichstagspräsidiums auf das Ende der kommenden Woche angesetzt werden, was aller Voraussicht nach bedeuten würde, daß der Reichstag Mittwoch oder Donnerstag aufgelöst wird. Neuwahlen würden dann etwa Mitte November stattfinden. Während des Wahlkampfes dürften die Verhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP. ruhen.

★

Empfänge bei Hindenburg

(Von unserem Berliner Berichterstatter.)

In der Wilhelmstraße zu Berlin weht wieder die Reichspräsidentenstandarte. Hindenburg, gestern vormittag von seinem ostpreußischen Gute Neudeck nach dem Sitze seiner Tätigkeit zurückgekehrt, hat sich mit gewohnter Pünktlichkeit an die Arbeit begeben.

Er empfing den Reichskanzler von Papen zum Vortrag über die innenpolitische Lage,

insbesondere den Stand des Konfliktes zwischen der Reichsregierung und dem Parlamente, womit der Endkampf zwischen diesen beiden Instanzen begonnen hat,

und Herrn von Neurath zur Berichterstattung über die außenpolitische Lage,

wobei vor allen Dingen die deutschen Wehrforderungen und die voraussichtliche Stellungnahme des interessierten Auslandes zu diesen Forderungen im Mittelpunkte der Besprechung gestanden haben.

Bestätigung der Neudecker Vollmachten

Der Empfang des Reichskanzlers durch den Reichspräsidenten stellt die geradlinige Fortsetzung der Unterredung dar, die zu Beginn dieser Woche zwischen Hindenburg einerseits, dem Reichskanzler und einigen anderen Reichsministern andererseits stattfand. Es gibt in Berlin zurzeit in politischen Kreisen niemanden mehr, der nicht fest davon überzeugt sei, daß Hindenburg dem Reichskanzler die Vollmachten bestätigt hat, die er ihm in Neudeck seinerzeit zusicherte. Zwar besagt der amtliche Bericht über den Verlauf der Begegnung zwischen Reichspräsident und Reichskanzler nichts, alle Informationen aber lauten übereinstimmend dahin, daß zwischen dem Staatsoberhaupte und dem ersten Minister des Reiches in allen Punkten „völlige Einmütigkeit" bestehe.

Damit dürften die Würfel über das Schicksal dieses Reichstags bereits gefallen sein,

wenn anders das Reichsparlament bzw. seine Mehrheit es nicht doch vorzieht, aus den gegebenen Machtverhältnissen, die durch die Ueberlegenheit der vom Reichspräsidenten gedeckten Regierung auf der einen und politische Ohnmacht des Parlamentes auf der anderen Seite gekennzeichnet sind, die Konsequenzen zu ziehen, deutlicher gesagt: sich nach Entgegennahme der Regierungserklärung am Montag, vielleicht nach Durchführung einer Aussprache über das Regierungsprogramm, jedenfalls aber unter Verzicht auf jegliche Abstimmungen fürs erste zu vertagen. Nur dann, wenn das Parlament der Regierung die Chance gibt, den Versuch zur Verwirklichung ihres Programms zu unternehmen, kann es auf Schonung seitens der Reichsregierung rechnen.

*

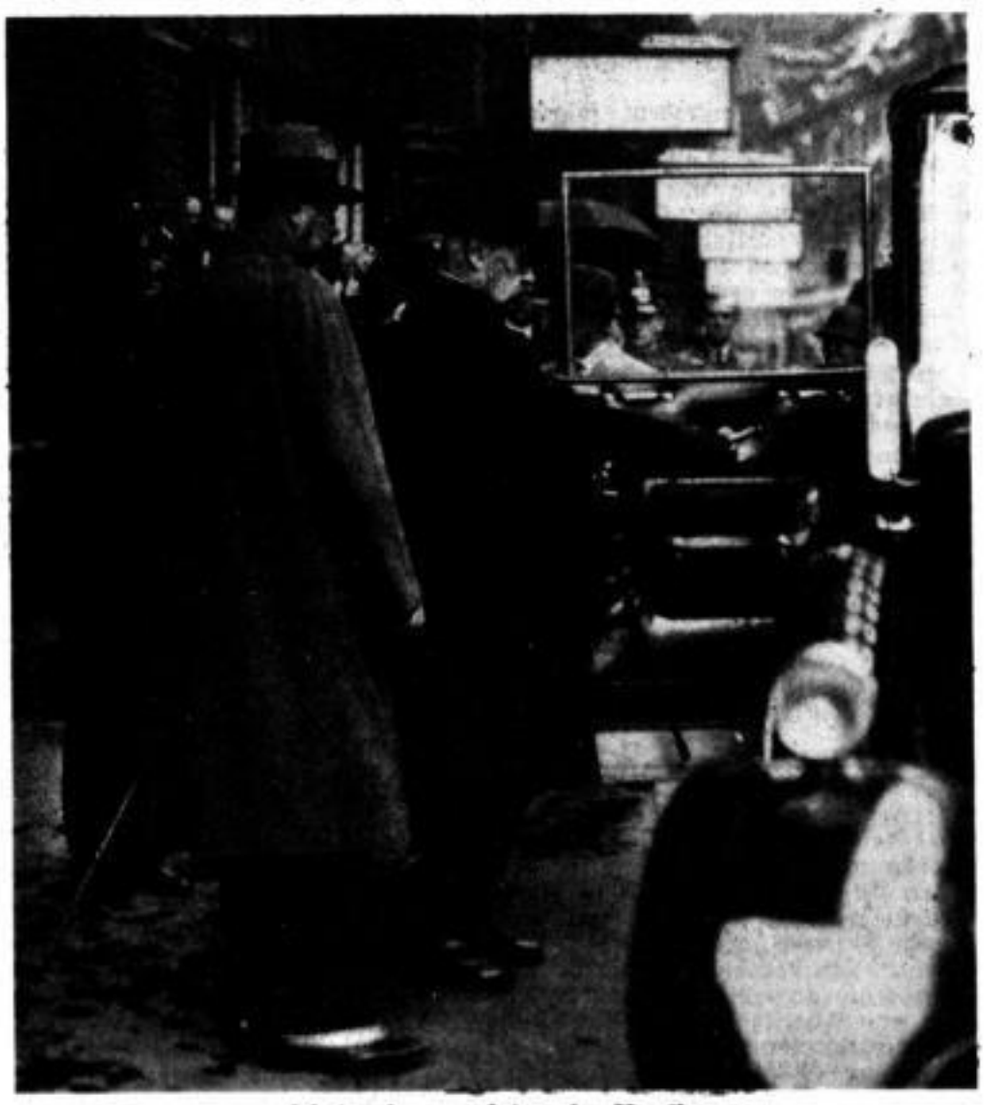
Eine Kundgebung des Zentrums

Die Haltung des Zentrums ist am Donnerstag durch Ausführungen des geschäftsführenden Vorsitzenden der Partei, des Abgeordneten Joos, vor Vertretern der Zentrumspresse bekanntgeworden. Danach

wäre das Zentrum nicht abgeneigt, das Programm der Regierung Papen, wenigstens wesentliche Teile desselben, zu übernehmen;

aber es ist der Auffassung, daß schon aus psychologischen Gründen ein solches Programm selbst bei guter Anlage nicht zum Ziel führen könne, wenn nicht gleichzeitig die erwünschte „politische Stabilität" gegeben sei, wenn es also der das Programm vertretenden Regierung nicht gelinge, „die dafür notwendigen Volkskräfte zu sichern, und zwar diejenigen, die auch die Basis für eine Mehrheit im

(Fortsetzung hinter dem Leitartikel.)



Hindenburg wieder in Berlin

Reichspräsident von Hindenburg traf gestern, von seinem Gut Neudeck kommend, wieder in der Reichshauptstadt ein, wo er in den nächsten Tagen äußerst wichtige und entscheidende Besprechungen über die weitere Entwicklung der politischen Lage haben wird. Unser Bild zeigt den Präsidenten, wie er in Berlin den Bahnhof verläßt.

Der sozialpolitische Sinn der neuen Notverordnung

von Prof. Dr. Bruno Rauecker

Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik stehen in Verbindung miteinander wie zwei kommunizierende Röhren. Veränderungen in dem Inhalt der einen wirken sich sofort an dem Inhalt der anderen aus. In den Notverordnungen der letzten Jahre ist dieser organischen Verknüpfung zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitik bereits wiederholt Rechnung getragen worden. Das Kabinett Brüning hat beispielsweise im Januar 1930 Maßnahmen gegen den Mißbrauch der Kartellgewalt mit Bestimmungen über den Umbau der Arbeitslosenversicherung und der Reichsversorgung verbunden. Auch in den darauf folgenden Notverordnungen ist stets versucht worden, soziale und wirtschaftliche Belastungen gegeneinander auszugleichen.

Das Kabinett v. Papen knüpft in seiner neuesten Notverordnung an diese Uebung an. Es verfolgt mit seinen Maßnahmen ebensosehr wirtschaftliche wie sozialpolitische Ziele:

es geht ihm um das Wohl der breiten Massen; die Wiederbelebung der privaten Wirtschaft ist Mittel zu diesem Zweck.

Der Leitgedanke des Wirtschaftsprogramms ist also nicht zuletzt sozialpolitischer Natur. Angesichts des ungeheuren Elends der Massenarbeitslosigkeit ist sozial, wer Arbeit schafft. Es berührt dabei besonders sympathisch, daß die Notverordnung es nicht bei kümmerlichen Subventionen an diesen oder jenen Betrieb, an diese oder jene Favoritenfirma bewenden läßt, sondern endlich einmal aufs Ganze geht. Auch verläßt die Reichsregierung dankenswerterweise den Weg der „Notstandsarbeiten". Notstandsarbeiten sind Behelfsmittel, als solche auf die Dauer unzureichend. Und abgesehen von der begrenzten Wirkung der Notstandsarbeiten: noch zuletzt kostete ein Notstandsarbeiter etwa das Dreifache an Unterstützung wie ein regulärer Unterstützungsempfänger.

Die Wirkung, die die Reichsregierung mit ihren Maßnahmen erzielen will, ist eine doppelte. Sie will den materiellen Notstand der deutschen Wirtschaft unmittelbar beheben, und sie will mittelbar den schweren Defaitismus bekämpfen, dem Unternehmer und Arbeiter allmählich zu unterliegen drohen. Der Unternehmer soll spüren, daß es die Regierung nicht mehr bei gelegentlichen Hilfsmaßnahmen hier und dort, bei diesem Gewerbe und an jenem Betriebe bewenden läßt und

daß sie nicht mehr die Rettung ausschließlich in einer „Kooperation der Völker" sieht, die noch in weiter Ferne liegt, sondern mutig und mit festem Griff aus eigener nationaler Kraft das festgefahrene Schiff der Wirtschaft wieder flott zu machen sucht.

Dies erscheint erfolgversprechend, da mancherlei Anzeichen auf eine Besserung der internationalen Wirtschaftslage hindeuten. Der Unternehmer soll hieraus wieder Auftrieb für eigenes Handeln und Wagen schöpfen, den er in den Aengsten und Nöten dieser Zeit nahezu restlos verloren hat. Die Arbeiterschaft aber soll hoffen können, daß der Kulminationspunkt der Arbeitslosigkeit nunmehr überwunden ist.